Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen ausserhalb Berlin's: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Cassel: Th. Dietrich & Co. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandl. — Hamburg: Hasenstein & Vogler, Joh. Nordheer, Jacob Thrämhein, Adolf Steiner. — Hannover: Carl Schlesler. — Mainz: D. Frenz. — Minden: C. Marowski. —

Würzburg: Stahel's Buchhandlung. — Wien: A. Oppelik, Stubenbastei 2. — England, Frankreich, Holland und Belgien: G. L. Daube & Co. in Paris, 31bis Faubourg-Montmartre et 31 Passage Verdeau. — Pr. Frankreich: Havas, Laffite & Co., Place de la Bourse 8. — Polen und Russland: Rajchman & Prendler in Warschau, Senatorengasse 22.

Nr. 552. **Berlin, Donnerstag den 18. Dezember 1879.** **19. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf.**, für Berlin nehmen **sämmtliche Spediteure, Post-Expeditionen**, sowie die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32**, Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.** incl. Bringerlohn entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition an. Preis pro fünfspaltige Petitzeile **40 Pf.** Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. Wilhelmstraße 32**, zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten. Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung**, unbenützte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Um bei dem bevorstehenden Quartalswechsel jede unliebsame Unterbrechung in dem Eintreffen unserer Zeitung vermeiden zu sehen, bitten wir, die Abonnements-Erneuerung für das I. Quartal 1880 möglichst frühzeitig bewirken zu wollen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint 12 mal wöchentlich; sie ist die einzige, auch in einer Morgenausgabe erscheinende konservative Zeitung Berlins, und beträgt das Abonnement für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" und die allwöchentlich der Ausgabe am Sonnabend angeschlossene „Sonntagsbeilage" vierteljährlich für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie **Mk. 7,50.**

Abonnements werden von allen Postämtern des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie, in Potsdam von **A. H. Pusch**, Canal Nr. 19, in Brandenburg a./H. bei **H. Gospodar**, Dom Nr. 42, in **Berlin** von den Stadtpostämtern und Zeitungsspediteuren zum Preise von **Mk. 7,50** und von der Expedition der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", **SW. Wilhelmstraße Nr. 32**, entgegen genommen.

Ferner nehmen im Auslande Abonnements auf die „**Norddeutsche Allgemeine Zeitung**" entgegen: die Postämter in Italien, Schweiz, Rußland und Polen, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen. Der Abonnementspreis erhöht sich in diesen Staaten um den entsprechenden Postaufschlag.

Unter Kreuzband bei **täglich zweimaliger Versendung** beträgt der Abonnementspreis der „**Norddeutschen Allgemeinen Zeitung**" für das Vierteljahr:

In Deutschland, Oesterreich und Ungarn ℳ 13,00.
Für Staaten, nach welchem eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 5 ₰ beträgt, ℳ 16,50.
Für Staaten, nach welchem eine Kreuzbandsendung bis zu 50 Gramm 10 ₰ beträgt, ℳ 25,00.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 18. Dezember.

Im Morgenblatte haben unsere Leser einen größeren Auszug der Rede gefunden, mit welcher Herr **Hofprediger Stöcker** in die gestrige **Diskussion des Abgeordnetenhauses zur Angelegenheit der Elbinger Simultanschule** eingetreten war. Zu unserem Bedauern hat der große Umfang der Rede es nicht gestattet, dieselbe im vollen Wortlaut wiederzugeben; auch aus dem Auszuge wird aber unbefangene Leser den Eindruck gewinnen müssen, daß man in manchen Beziehungen vom Standpunkte des Redners abweichen kann und demselben dabei doch die Anerkennung zollen muß, daß er aus innerer Ueberzeugung für seine Meinung eingetreten sei und in der Begründung der Letzteren jede persönliche oder konfessionelle Spitze vermieden habe; daß er überall auf dem Boden einer parlamentarischen Erörterung im vollen und rechten Sinne des Wortes geblieben sei. Indem wir diese Thatsache konstatiren, glauben wir um so weniger einer Voreingenommenheit für den genannten Redner bezichtigt werden zu können, je größere Zurückhaltung wir uns der außerparlamentarischen sozial-politischen Thätigkeit des Herrn Hofpredigers Stöcker gegenüber seither auferlegt hatten. Eine weitere Ausführung unserer Anschauungen in diesem Falle ist hier nicht geboten; wir würden auch auf die gestrige Rede Herrn Stöcker's im Abgeordnetenhause nur im Zusammenhange mit der übrigen Debatte und nicht heute in spezieller Sonderung zurückgekommen sein, wenn nicht die Form der Besprechung derselben in Berliner Zeitungen dringend dazu herausforderte. Es ist von liberaler Seite oft in bitteren Worten Beschwerde darüber geführt worden, daß Herrn Lasker, Herrn Richter und anderen Wortführern der liberalen Richtung in der konservativen Presse nicht die persönlich gebührende Achtung gezollt werde; man hat im liberalen Lager über Entartung und Verwilderung geschrieen, wenn konservativerseits an den Reden liberaler Größen Kritik geübt wurde, und wir erinnern uns, manchen Stoßseufzer über mangelnden Respekt vor der Würde von Volksvertretern gelesen zu haben, wenn der liberalen Seite des Hauses die Unhaltbarkeit ihrer Doktrinen etwas gründlicher nachgewiesen worden war. Wir sind nun in der That begierig, zu erfahren, ob die Sorge unserer liberalen Kollegen um die Aufrechterhaltung der schuldigen Rücksicht gegenüber Abgeordneten auch ein entsprechendes Urtheil über die Form provozirten wird, in welcher Zeitungen, die ganz gewiß der liberalen Presse zugezählt sein wollen, über Herrn Stöcker's gestrige Rede herfallen.

Die „Berliner Zeitung" referirt über diese Rede folgendermaßen:

Nach der bemerkenswerthen Rede des fortschrittlichen Führers erhielt der Stöcker zu einer Kavusinade das Wort. Der Leser wird es uns nicht verargen, daß wir von dem „Blech" des Hepp-Hepp-Rufers an dieser Stelle nicht weiter Notiz nehmen. Nachdem der Kelch des Hofpredigers an dem Hause vorübergegangen, wurde die Sitzung auf heute vertagt.

Und der „Börsencourier" sagt über dieselbe:

Nachher gab es ein Duell Virchow-Stöcker. Wir wüßten nur eine einzige „persönliche Bemerkung", die Herr Virchow zum Schluß in Bezug auf die Debatte mit Herrn Stöcker hätte machen können. Es wäre ein Zitat gewesen von Worten, die Friedrich der Große einmal gesprochen hat, als er allerlei Pachenz, Slovaken, Panduren und anderes Mauselfallenvolk, sah, das nach der Schlacht gefangen an ihm vorbeigeführt wurde . . . . . Und mit dem — — muß ich mich herumschlagen" . . . . . Es ist wirklich traurig, daß der Professor Virchow sich mit Herrn Stöcker in der Kammer messen muß. Man unterschätze übrigens Herrn Stöcker nicht. Selten sind uns so gefährliche Agitatorenmanieren vorgekommen, als bei diesem würdigen Hof- und Domprediger. Er hat den Sozialdemokraten die Praxis abgesucht, den Ton der Volksversammlungen ins Parlament zu übertragen. Und was er spricht, das ist eigentlich nicht für die verständigen und gebildeten Elemente bestimmt, die sich da in dem Hause am Dönhofsplatze versammeln, sondern was Herr Stöcker sagt, das denkt er sich bereits in so und soviel Tausend Exemplaren gedruckt und in Broschüren und Broschüren vertheilt, das „Volk", das Mann weiß ja, daß der Christlich-Soziale Handel treiben mit den Exzessen ihres Propheten, und auf diese gedruckte Wirkung ist berechnet, was der Herr Hof- und Domprediger zu sagen beliebte. Formell läßt sich gegen seine parlamentarische Jungfernrede von gestern gar nichts einwenden. Herrn Stöcker's Abba und Amen war — die Religion muß die Königin der Volksschule sein, wie die Königin der Schule überhaupt. Man weiß ja, was die Stöcker'sche Religion ist, was der Haß, die Verbezung, die Verfolgungssucht, die Aufreizung, die Vor solch einer Herrschaft möge Gott die Volksschule bewahren, und da es immerhin gut ist, wenn Gott auch Werkzeuge dazu auf Erden findet, so werden es einstweilen die Liberalen und alle Die, deren Herz und Kopf offen ist, thun müssen. Nein, Herr Stöcker — Ihr Religion wird weder über unser Volk noch über unsere Volksschule herrschen, so lange der Himmel es noch gut meint mit den Deutschen. Ob die Religion in der Volksschule etwas zu suchen habe, ob nicht, das ist eine Frage, über die sich debattiren läßt. Daß sie Stöcker'sche Religion weder in der Volksschule noch beim Volke etwas zu suchen hat, das wissen wir und das wird Jeder verfechten, der Kopf und Herz auf dem rechten Fleck hat. . . . . Herr Stöcker hat gestern auf der Tribüne des Preußischen Abgeordnetenhauses gestanden — Das allein verdient auf einem Blatte der preußischen Geschichte vermerkt zu werden, das schwarz, also mit der Leibfarbe des Herrn Stöcker, umrändert sein müßte. . . . .

Wir haben die Auslassungen des „Börsen-Couriers" unverkürzt und auch ihrer äußeren Form nach völlig unverändert wiedergegeben. Man muß derartige Leistungen in ihrem vollen Umfange kennen, damit sie ihre Wirkung: ich glaub' zu richten, nicht verfehlen.

— **Nach unserem Empfinden kann es für** Herrn Virchow kaum etwas Schmerzhafteres geben, als seine Rede zur Folie solcher Gehässigkeiten mißbraucht zu sehen. Gerade aber der Umstand, daß die Ritter von diesem Geiste Fortschrittsredner zum Piedestal ihrer unqualifizirbaren Angriffe gegen einen Abgeordneten machen, welcher namentlich in dem an zweiter Stelle zitirten Blatte um seines christlichen Eifers willen so angegriffen wird, macht es dem anständigen Theil der liberalen Presse zur unabweislichen Ehrenpflicht, sich mit allem Nachdruck gegen jede Gemeinsamkeit mit dieser Sorte von Tagesliteratur zu verwahren.

Ein Telegramm des „W. T. B." aus **Wien,** Donnerstag 18. Dezember, meldet:

In der Antwort des Kaisers auf die Ansprache der beiden Präsidenten der Delegationen heißt es:

„Es gereicht Mir zur Befriedigung, Ihnen auch diesmal sagen zu können, daß die Beziehungen der Monarchie zu allen auswärtigen Mächten fortdauernd die freundschaftlichsten sind. Ich hoffe, daß die Segnungen des Friedens Meinen Völkern ungetrübt erhalten bleiben werden. Das innige Einvernehmen zu dem Deutschen Kaiserreiche bietet Mir eine verstärkte Bürgschaft dafür, daß jene allgemeine Beruhigung eintreten werde, welche der friedlichen Arbeit ihre volle Entfaltung sichert."

Der § 1 des Gesetzes vom 19. Juli 1879, betreffend die **Steuerfreiheit** des Branntweins zu gewerblichen Zwecken, ermächtigt bekanntlich den Bundesrath, für Branntwein, welcher innerhalb des Gebiets der Branntweinsteuergemeinschaft zu gewerblichen Zwecken, einschließlich der Essigbereitung, verwendet wird, unter den von ihm vorzuschreibenden Bedingungen und Kontrollen die Branntweinsteuer nach demjenigen Satze zu vergüten, welcher bei der Ausfuhr von Branntwein vergütet wird. Unter Bezugnahme hierauf ist dem Bundesrath jetzt der Entwurf eines Regulativs, betreffend die Steuerfreiheit des Branntweins zu gewerblichen Zwecken vorgelegt worden.

Vor einigen Tagen hatten wir Gelegenheit genommen, die **Lässigkeit der Konservativen** im Hinblick auf die Förderung der Parteiorganisation aus allgemeinen Gesichtspunkten zu beleuchten; ein interessantes Supplement zu diesen Ausführungen finden wir in einem Artikel, in welchem das konservative „Schlesische Morgenblatt", das Organ der konservativen Partei in Schlesien, die Lauheit der konservativen Kreise der konservativen Presse gegenüber bespricht. Das konservative Provinzblatt äußert zu diesem Thema u. A.:

„Was wollen denn eigentlich unsere verehrten Parteigenossen noch zu ihrer Entschuldigung vorbringen, wenn sie der konservativen Partei lau gegenüberstehen? — Wenn sie noch liberale Blätter halten und leider auch weiterhin halten werden, wo doch konservative Blätter zu haben sind? Warum sieht denn das Gros der Konservativen, man kann getrost sagen, jedem neu entstehenden Parteiblatte „fühl" gegenüber? — Soll denn diese fühle, soll heißen laue Herzensstellung Mode bleiben in der Partei, die davon durchdrungen ist, daß sie die Wahrheit habe und von ihr sich leiten lasse?

Die Begeisterung geht ja freilich nicht immer im Salonschritt einher, sondern macht zuweilen recht unsalonfähige Sprünge, thut hin und her auch einmal einen Fehltritt, — aber die Weltgeschichte selber geht auch nicht immer im Salonschritt einher, sondern in der Kraft der Begeisterung, ebenso auch die Geschichte einer Partei, die lebensfähig ist und auf das Leben gestalten einwirken will!

Ich kann mir darum die noch viel zu große Lauheit in der konservativen Partei nur daraus erklären, daß die Parteigenossen zu einem großen Theil sich selbst im Vollbesitz der Wahrheit wissen und damit befriedigt sind, im Uebrigen aber ein viel zu großes Vertrauen zu der Macht der Wahrheit haben, als daß sie daran zweifeln könnten, dieselbe werde sich schon Bahn brechen. Man ist der festen Ueberzeugung, die Wahrheit müsse und werde ganz allein durch sich selbst den Sieg erringen. — Dagegen indessen ist mit allem Nachdruck hervorzuheben, daß die Wahrheit eine hohe, edle Frau, eine Königin ist, die zwar Anerkennung gern und gründlich auf sogenannter Noth herausholt, aber von der Selbstthätige nichts hält. Sie erwartet vielmehr, daß man ihr wieder diene mit warmem Herzen und unverbrüchlicher Treue. Sie fordert begeisterten, selbstlosen Ritterdienst!"

Dem soeben veröffentlichten Statistischen Sanitätsbericht über die kaiserlich deutsche Marine für den Zeitraum vom 1. April 1878 bis 31. März 1879 ist zu entnehmen, daß der Gesammtkrankenzugang an Bord um 87% geringer, an Land um 115 % oder höher als im Vorjahr war.

Von den auswärtigen Stationen hätte der Krankenzugang in Ostasien etwas zu, in Westindien und im Mittelmeer dagegen abgenommen; auf der ostasiatischen Station betrug er 1663 %, am niedrigsten war er, leicht erklärlicher Weise, in den heimischen Gewässern 1320 %.

Zwischen diesen Extremen stand die Krankenversorgung in Westindien und im Mittelmeer, so daß sich in dem abgelaufenen Jahre eine Abstufung ergiebt, welche den bisher festgehaltenen Vorstellungen über die Schädlichkeit der betreffenden Klimate entspricht.

Die ansteckenden Krankheiten traten am zahlreichsten auf den Schiffen im Mittelmeer auf — speziell war es von denselben das Wechselfieber, das dort am meisten Verbreitung hatte. Von 832 Erkrankungen kamen 808 Fälle auf das letztere. Masern wurden nur in 3 Fällen, Typhus wurde in 10 Fällen beobachtet, Cholera zeigte sich in 2 und Rose in 8 Fällen.

Der Unterschied des Klima's und der Lokalität machte sich namentlich in krankhaften Affektionen der Athmungsorgane fühlbar.

Diphtheritis kam je einmal in Ostasien, in Westindien, sowie auf der **Heimath-Station** vor. Rubrfälle kamen 19 Mal auf der ostasiatischen Station, vier Mal in Westindien, drei Mal im Mittelmeer vor. Skorbut wurde nicht konstatirt. Eine bedeutende Zunahme zeigten die Krankheiten der Syphilis und waren dieselben im Mittelmeer und in Ostasien ganz besonders lanzwierig.

Die äußeren Leiden waren in ihrer Gesammtsumme ein wenig geringer als im letzten Jahr; die mechanischen Verletzungen blieben den in früheren Jahren vorgekommenen an Zahl gleich.

Der Typhustodtkrankheit wurden 5 Fälle beobachtet, darunter einer an Bord.

Bei den Todesfällen durch Krankheit waren die häufigsten Todesursachen die Lungenleiden.

Unter den vorgekommenen 283 Unglücksfällen bildete etwas mehr als 170 Fällen Ertrinken, welches mal Herabstürzen aus der Takelage die Todesursache — 269 Mann erkranken bei dem Untergang des „Großen Kurfürst".

Unter diesen 283 Unglücksfällen wurden 279 durch Ausübung des Dienstes herbeigeführt.

Eine für die Pflege und Erhaltung der Gesundheit von Marineangehörigen segensreiche Wirkung übte das im Juli 1878 eröffnete Marinelazareth zu Yokohama, unter Leitung eines Stabsarztes stehend. In dasselbe wurden 115 Kranke aufgenommen; darunter befanden sich 38 Patienten von deutschen Kriegsschiffen, uns außerdem 10 in dem deutschen Rechtsverband angehörenden Personen.

In der heutigen (28.) Plenarsitzung des **Abgeordnetenhauses** erhielt bei Fortsetzung der Berathung der Elbinger Petition zunächst der Abg. Dr. Petri das Wort. Er nimmt einleitend mit Befriedigung von der Erklärung des Herrn Kultusministers Akt, daß er an den abgeschlossenen Simultanschulsystemen nicht rütteln werde. Auch ist die Versicherung des Ministers zum Einschreiten in Elbing diesem Abgeordneten unzweifelhaft, er bestreitet indeß, daß derselbe von dieser Befugniß zu Recht Gebrauch gemacht habe. Hauptsächlich aber wendet sich Abg. Petri gegen die gestrigen Ausführungen des Abg. Stöcker über die nassauischen Simultanschulverhältnisse. Derselbe habe ein vollständiges Zerrbild entworfen, das der Wirklichkeit durchaus nicht entspreche. In Nassau bestänben die Simultanschulen seit 60 Jahren. Ueberhaupt führt er aus, gebühre die Herrschaft über die Schule dem jeweiligen Träger der Kultur, das wäre früher allerdings die Kirche gewesen; jetzt aber sei es der Staat. Die Ausführungen des Redners, daß die derzeitigen Qualitäten der Kirche sie zu einer solchen Kulturträgerin unfähig machte, stößt auf der anderen Seite auf lebhaften Widerspruch, ebenso die Behauptung, daß das staatliche Schulsystem nothwendig nur das parteiische, nicht das konfessionelle sein könne. Die Grundlage des zukünftigen preußischen Unterrichtsgesetzes müsse darum auch, wenn anders Preußen seine historische Mission erfüllen wolle, die fakultative Simultanschule sein. Leider sei die nassauische Schulgesetzgebung vielfach durchlöchert, trotzdem hänge die ganze Bevölkerung mit Ausnahme allein einer kleinen extremen Partei mit inniger Verehrung an derselben fest. Diese Gesetzgebung habe auch, so lange sie in dem Sinne ausgeführt sei, in welchem sie gedacht und gegeben war, in jeder Beziehung höchst segensreich gewirkt. Wenn die Rechte den Wunsch nach kirchlichem Frieden realisiren wolle, so empfehle er derselben als wirksames Mittel, die konfessionellen Schulen zu schützen und die Simultanschule zu öffnen. — Abg. v. Jazdzewski ist weder durch die Ausführungen des Abg. Gneist in seiner Meinung erschüttert. Er schließt indeß aus der Erklärung des Herrn Ministers, wonach derselbe seine Maßnahmen auf den Erlaß seines Vorgängers vom 16. Juni 1876 stütze, daß im Kultusministerium die Luft noch nicht ganz rein sei! Auf Grund dieses Erlasses ließe sich, zumal bei der kulturkämpferischen Natur der meisten kleinstädtischen Kommunalbehörden, die Nothwendigkeit von Simultanschulen leicht nachweisen. Der Redner beleuchtet namentlich die Mißstände, welche in seiner Heimathprovinz, wo deutsche und polnische Bevölkerung gemischt, auf dem Gebiete des Schulwesens hervortreten. Die anerkennenswerthe Absicht des Kultusministers, den Minoritäten seinen Schutz angedeihen zu lassen, wäre dort wenigstens bislang noch nicht zur That geworden. Im Uebrigen wäre die polnische Nationalität in Preußen überhaupt eine Minorität, und er stelle nun an den Herrn Kultusminister die Frage, ob er gewillt sei, auch dieser Minorität den gebührenden Schutz zu gewähren und von der Rücksichtslosigkeit abzustehen, die gegen die Polen unter der früheren Verwaltung geübt sei. Jedenfalls dürften auch die Polen Gerechtigkeit verlangen. Abg. v. Sybel konstatirt zunächst, daß bei dem Vorgehen des Herrn Ministers in Elbing für ihn und seine politischen Freunde durchaus kein Anlaß gelegen habe, in eine prinzipielle Erörterung über die Simultanschule einzutreten. Der prinzipielle Gegensatz sei von einer Seite in die Debatte hineingetragen. Inzwischen bestimmten lediglich die lokalen Elbinger Verhältnisse seine politischen Freunde, dem Antrag der Majorität der Kommission nicht zuzustimmen. Wenn der Minister ausgeführt, er hätte in Elbing kein Halt accompli vorgefunden, so sei das im Hinblick auf den bezüglichen Schriftwechsel nicht zuzugeben. Und wenn der Herr Minister gestern erklärt, daß er, der prinzipiellen Bedenken ungeachtet, die Simultanstiftung nicht würde stiftet haben. Wenn der Gemeinde durch dieses Einschreiten erhebliche finanzielle Opfer auferlegt werden wären, so sollte für den Minister doch noch mehr die Rücksicht auf die gerade in Folge seiner Anordnung eingetretene Verwirrung maßgebend sein. Bedremdend sei es übrigens, daß man die Simultanstiftung zwar für die Mädchen aber nicht für die Knabenschulen wolle. Daß der Minister bedenkliche Minoritätsschützen wolle, sei gewiß lobenswerth. Aber es frage sich doch, ob in Elbing wirklich eine bedrückte Minorität vorhanden gewesen, denn Thatsachen hätten die Beschwerdeführer nicht angegeben. Seine politischen Freunde wären nach alledem, wie gesagt, nicht geneigt, in die prinzipielle Erörterung der Frage einzutreten, wie der Minister zu handeln gehabt, wenn noch res integra gewesen. Sie erkannten eben nicht an, daß zu jener Zeit noch res integra gewesen, auch der frühere Kultusminister Dr. Falk theile, wie er sich heute hinzusetzen zu können, diese Auffassung. Herr v. Sybel legte demnächst seine persönliche Ansicht von Werth und Bedeutung der konfessionellen und Simultanschule ausführlich dar. Die Schule erfülle **jedenfalls ihre Aufgabe** am besten, wenn sie sich den **Heimath-Verhältnissen** möglichst wenig mit spezialisirten Dogmen, sondern mit allgemeinen religiösen Grundwahrheiten beschäftige. Wenn die Schule in den Besitz der Kirche zurücke gingen sollte, so würde das der Aufhebung des staatlichen Schulzwangs gleichkommen. Die Rede des Grafen Stolberg habe wahren, würden seine Freunde sich zur unabdingten Pflicht machen! Regierungskommissar Ministerialdirektor v. Gößler wies zunächst dem Abg. Petri nach, daß seine Angaben über die Simultanschulen in Nassau statistisch unrichtig seien. Der Abg. Virchow, welcher früher selbst betont, daß man den Kulturkampf nicht in die Schule tragen dürfe, sei gestern selbst dieser Mahnung nicht gefolgt. In den Ministerialansschauungen seien mancherlei Wandlungen eingetreten; so habe auch Herr von Sybel anders plaidirt, als Dr. Gneist. Letzterer betone auch mit eigenen milden Sorge getragen, im Elbing in paritätischen, die Knaben in konfessionellen Schulen unterrichtet würden, so sei dem gegenüber an das Verhältniß Westfalens zu erinnern, wo sich 13 Simultan- neben 16 konfessionellen Schulen befinden. Daß in Elbing eine unterdrückte Minorität vorhanden, ergebe sich unzweifelhaft aus den eingeforderten Berichten der Danziger Regierung sowohl, wie aus den Eingaben des Magistrats und der Bürgerschaft, vorliegenden Beschwerden, welche letztere ernste Prüfung verlangten, wenn sie auch nur von 3 Personen ausgingen. Abg. Dr. Röckerath hält die Konfessionalität der Schule für ein nöthiges Korrelat des staatlichen Schulzwanges, welcher in Deutschland überall, namentlich auch bei den katholischen Volksstämmen, volle Anerkennung finde. Demnächst suchte er eingehend nachzuweisen, daß die in Elbing bestehende Gemeindevertretung eine Obligarchie sei, welche seit Jahren zwar die, Schreiben auch ihrer eigenen Kinder Sorge getragen, im Uebrigen aber ihre Pflicht durchaus verkannt hätte. Der Magistrat habe sogar für sich das Urtheil über die richtige römisch-katholische Lehre und über deren Sinn und Tragweite bei der Anstellung der Lehrer und der Verwendung derselben im Religionsunterricht in Anspruch genommen. Nach genauer Prüfung der ganzen Sachlage müsse man zu dem Schlusse kommen, daß die Entscheidung des Ministers richtig sei. Es stehe gegenwärtig auch zu erhoffen, daß nicht blos das Simultanschulsystem seine weitere Ausbreitung finden, sondern auch, daß die von demselben bereits angerichteten Schäden nunmehr würden beseitigt werden. Darauf wurde der Schluß der Debatte angenommen. Abg. Stengel spricht in Form einer persönlichen Bemerkung das Bedauern aus, daß durch den angenommenen Schluß der freikonservativen Fraktion nicht möglich gewesen, ihre Stellung in der Frage darzulegen. Der Referent empfiehlt kurz die Annahme des Kommissionsbeschlusses. Es folgt dann die namentliche Abstimmung über den Antrag Gneist, die Petition der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

(Für den Antrag Gneist stimmen u. A. die Abgg. Dr. Falk, Hobrecht, gegen denselben der Abg. Dr. Achenbach.) Das Resultat der Abstimmung ist die Ablehnung des Antrages Gneist mit 245 gegen 147 Stimmen. Mit gleicher Majorität wird dann der Kommissionsantrag auf Uebergang zur Tagesordnung angenommen. Schluß der Sitzung 3¼ Uhr. Nächste Sitzung morgen 11 Uhr. (Interpellation, betreffend den oberschlesischen Nothstand, und dritte Lesungen kleinerer Vorlagen.)

Rundschau im Auslande.

Die intermittirende Quelle der Berichte vom **afghanischen Kriegsschauplatze** hat heute wieder zu fließen begonnen, doch ist es wenig Erfreuliches, was sie zu Tage fördert. **Kabul ist thatsächlich geräumt**, und General Roberts hat sich mit allen verfügbaren Streitkräften in die von ihm stark befestigte Position von Sherpur zurückgezogen, nachdem die Afghanen in Folge des von allen Seiten herbeiströmenden Zuzuges auf 30,000 Mann angewachsen waren. Das Lager von Sherpur liegt zwei englische Meilen von Kabul entfernt; es ist eine Schöpfung Schir Ali's und besteht aus einer Anzahl niederer steinerner Gebäude der Straße entlang, auf einer Ausdehnung von etwa einer Meile. Diese Gebäulichkeiten wurden als Kasernen für die regelmäßigen afghanischen Truppen erbaut, und glaubte man, daß der Emir damit umgehe, einen Palast daselbst zu erbauen und den Sitz der Regierung dahin zu verlegen. Diese Reihe steinerner Gebäude ist seitdem durch die für die englischen Truppen errichteten Hütten ergänzt und abgerundet worden und nimmt das Lager ohne Zweifel eine beträchtliche Fläche ein. Der „Standard" meint, daß die Truppen zweifelsohne große Artillerievorräthe besitzen, da der größte Theil der afghanischen Artillerie bei Sherpur erbeutet und in Bala Hissar aufgefunden wurde.

Die nächste Aufgabe des Generals Roberts besteht nun darin, sich in der Stellung von Sherpur so lange zu behaupten, bis der Entsatz durch die in Entsendung begriffenen Verstärkungen bewerkstelligt und er in die Lage versetzt ist, wiederum die Offensive ergreifen zu können. Ein längeres Telegramm aus Kalkutta sucht der Situation die möglichst vortheilhafte Seite abzugewinnen, macht jedoch von den ominösen Partikeln „wenn" und „aber" einen so verschwenderischen Gebrauch, daß die Ueberzeugungskraft seiner Deduktion erheblich darunter leidet. Die von Gandamak und Jellalabad herbeibeorderten Verstärkungen bestehen aus dem 6. Karabinier-Regiment, dem 9. und 51. europäischen Infanterieregiment, einem eingeborenen Kavallerie-Regiment, fünf desgleichen Infanterieregimentern, einer Feldund einer Gebirgsbatterie, zusammen etwa 4- bis 5000 Mann.

Der „Times" geht aus Kandahar die nicht ganz verständliche Nachricht von einem Zusammenstoße der afghanischen Truppen aus Kabul mit denen aus Herat, in der Nachbarschaft der letzteren Stadt zu. Trotzdem der Ausgang des Kampfes unentschieden geblieben, hätten die Kabulesen den **Gouverneur** von Herat gefangen genommen, einen neuen Gouverneur proklamirt und die Zitadelle von Herat besetzt.

Im **englischen** Kriegsministerium werden die Nachrichten aus Kabul als sehr ernst angesehen. Die indische Regierung hat um 5000 Mann Verstärkungen ersucht, die in Kurzem nach Indien abgehen werden. Im Hauptquartier zu Kabul scheint man keine Idee davon gehabt zu haben, daß eine solche organisirte Armee in Existenz war, wie sie jetzt den englischen Truppen gegenüber steht.

Rußland scheint seine diplomatische Aktion zu Gunsten Montenegros auf die, allerdings sehr dringlich gehaltene Vorstellung in Konstantinopel beschränkt zu haben, die Uebergabe der Distrikte von Plawa und Gusinje an Montenegro thunlichst zu beschleunigen.

Aus Athen wird berichtet, daß die **griechische** Regierung eine Note nach Konstantinopel habe gelangen lassen, worin sie um die baldigste Zusammenberufung der beiderseitigen Grenzregulirungskommission nachsucht. Man vermuthet hinter diesem Schritt des Athener Kabinets die moralische Pflichterfüllung mehrerer europäischer Mächte, welche auf die endliche Begleichung auch dieser, der Pforte noch aus dem Berliner Vertrage erwachsenen Verpflichtung Gewicht legen. Die Pariser „Rep. franç." hatte schon vor mehreren Tagen in einem sehr warm für die Ansprüche Griechenlands das Wort nehmenden Artikel angekündigt, daß die griechisch-türkische Grenzregulirungsaffaire demnächst wieder in lebhafteren Fluß kommen würde.

Der **rumänische** Minister des Auswärtigen, Herr Boerescu, hat in der gestrigen Sitzung des Senates die Interpellation betreffend den Abbruch der Unterhandlungen über den Rückkauf der Eisenbahnen mit einer Darlegung des Wesens bilateraler Kontrakte beantwortet und unter Hinweis auf die gegenwärtig zwischen Berlin und Bukarest schwebenden Unterhandlungen die einstweilige Suspension der Eisenbahndebatte im Senate befürwortet.

In **Serbien** spitzt sich die parlamentarische Situation anscheinend zu einem Konflikt zu, den die Stellung des Ministeriums gefährdet. Der Telegraph hat bereits gemeldet, daß Justizminister Matic sein Entlassungsgesuch eingereicht habe. Es ist aber fraglich, ob die Opposition sich damit zufrieden giebt. Die Wiener „Presse", die, was Serbien betrifft, freilich wohl keine ganz objektive Berichterstattung treiben mag, erhält ein Telegramm aus Belgrad, worin es heißt, daß die Opposition von Tag zu Tag wachse und bereits vierzehn Stimmen gewonnen habe. Die Lage des Ministeriums sei sehr kritisch. Auper Ristics demissionirten alle Minister. Der Fürst ersuchte sie, das Demissionsgesuch zurückzuziehen.

Die Verfassungspartei des **österreichischen** Abgeordnetenhauses ruht behaglich auf den Lorbern ihrer Prinzipientreue. Sie hat gestern abermals über den Paragraphen 2 der Wehrgesetzvorlage den Stab gebrochen, indem sie es durch ihr ablehnendes Votum unmöglich machte, daß der ihr mißliebige Paragraph bei der gestrigen Abstimmung die verfassungsmäßig erfor-